

**Partizipation und
bürgerschaftliches
Engagement: Menschen mit
Migrationshintergrund in
Ludwigsburg**

Qualitative Studie für die Stadt
Ludwigsburg

Gefördert durch das
Bundesministerium für Bildung
und Forschung

im Rahmen des Projektes
ZukunftsWerkStadt 2012

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement: Menschen mit Migrationshintergrund in Ludwigsburg

Qualitative Studie für die Stadt Ludwigsburg im Rahmen des vom BMBF geförderten
Projektes ZukunftsWerkStadt,

Erarbeitet von:

Q | Agentur für Forschung GmbH | Julius-Hatry-Str. 1 | D-68163 Mannheim und
vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung | Fritschestr. 27/28 | D-10585 Berlin,

in Zusammenarbeit mit der Stadt Ludwigsburg



Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement, Obere Markstraße 1, 71634 Ludwigsburg und
dem Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Wilhelmstraße 1, 71638 Ludwigsburg

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Inhalt

1. Hintergrund der Studie und Aufgabenstellung	5
Methode und Stichprobe	5
2. Die Lebenswelt der Ludwigsburger Engagierten	7
Hohes Bildungsniveau, gute materielle Situation.....	7
Zeiteinsatz als Preis und notwendige Ressource des Engagements	8
Kinder sind häufig ein zentraler Fokus und Motor	8
Deutschland als „Heimat“	9
Deutsche Sprachbeherrschung als Muss, Muttersprache als zusätzliches „Asset“ und kultureller Identitätsanker	10
Ludwigsburg: Ein gutes Pflaster für Migranten.....	11
Bei manchen Deutschen bleibt erkennbare Restdistanz	12
3. Politikverständnis – ein entscheidendes Kriterium?	14
Große Politik ist abstrakt und weit weg.....	14
Politik wird erst vor Ort und im eigenen Leben real und bedeutsam. Auch dann zählt vor allem das Ergebnis.....	15
4. Kenntnis von und Erwartungen an Stadtentwicklung	17
Stadtentwicklung, STEP, SEK: Wenig bekannte Begriffe und Kürzel	17
Stadtentwicklung darf keine Einbahnstraße sein	18
5. Engagement: Motivationen und Bedürfnisse	20
Engagement ist fast immer intrinsisch motiviert.....	20
Engagement braucht Nahrung: Wertschätzung und Erfolge.....	21
Kaum Bewusstsein über einen Zusammenhang von Engagement und Stadtentwicklung	21
Engagement: Wir brauchen mehr davon. Aber wie die anderen motivieren?	22

Längerfristiges Engagement ist Mangelware	23
„Geteilte Rechte“ als Hindernis?.....	23
Präsenz der Stadt und ihrer Vertreter sowie die Angebote sind motivierend.....	24
Wandel durch Integrationsbeirat und mehr Stadtangestellte mit Migrationshintergrund.	25
Engagement als positive Kettenreaktion.....	25
6. Die Engagierten: Besondere Persönlichkeiten	28
7. Eindrücke aus den Gesprächen mit Nicht-Engagierten.....	29
8. Fazit	31
Ableitung von Aufgaben, um die Zielgruppe künftig besser zu erreichen.....	32
9. Anhang:	
Ergebnisse der Fragebögen	35
Bericht der Open Space Arbeitsgruppe "Identität und Integration"	39
auf der Zukunftskonferenz Ludwigsburg	

1. Hintergrund der Studie und Aufgabenstellung

Die Stadt Ludwigsburg will im November 2012 eine Zukunftskonferenz zur nachhaltigen Stadtentwicklung durchführen. Dafür möchte sie unter den Teilnehmenden eine möglichst repräsentative Zusammensetzung aller in der Stadtgesellschaft vertretenen Milieus erreichen, damit möglichst viele Erfahrungen, Lebens- und Sichtweisen aus der Stadtgesellschaft eingebracht werden. Ein ganz spezielles Anliegen der Stadt ist hierbei, den Anteil der Teilnehmer mit Migrationshintergrund gegenüber herkömmlichen Beteiligungsveranstaltungen zu steigern.

Methode und Stichprobe

Um das Ziel der Beteiligung von mehr Menschen mit Migrationshintergrund zu realisieren, müssen sie für die Beteiligung gewonnen werden. Um das zu schaffen, ist es notwendig, mehr über deren persönliche Bedürfnisse, Interessen und ihre Einstellung gegenüber bürgerschaftlichem Engagement und Partizipation – insbesondere in Fragen der Stadt(teil)entwicklung – zu wissen und Kontakte zu etablieren, auf die eventuell später aufgebaut werden kann. Zu diesen Zwecken wurden Ende Juli / Anfang August dieses Jahres von Mitarbeitern des vhw und von Q | Agentur für Forschung 31 Interviews mit Ludwigsburger Bewohnern mit Migrationshintergrund aus verschiedenen Kulturkreisen und Ethnien in den Räumen der Stadtverwaltung Ludwigsburg durchgeführt. Die Interviews umfassten immer einen explorativen mündlichen Teil von ca. 70 Minuten sowie in den meisten Fällen einen ca. zehnmütigen schriftlichen Teil (Fragebogen mit vorwiegend geschlossenen Fragen, Selbstausfüller), um die mündlich erhobenen Befunde noch einmal gegen zu checken und zu untermauern. Es wurden in etwa zu gleichen Teilen männliche und weibliche Migranten befragt und eine breite Streuung über die Altersgruppen beachtet.

Die Rekrutierung der Gesprächspartner (im Folgenden auch als „GP“ abgekürzt) erfolgte durch die Stadt Ludwigsburg und führte zu einer Stichprobe aus meist sehr engagierten Personen mit relativ engen Kontakten zur Stadt / Verwaltung: Es sind Migranten, die sich in geförderten Vereinen engagieren, dem Integrationsbeirat und/oder der Migrantenfraktion angehören, als Dolmetscher für die Stadt tätig sind o.ä.. Aus der eigentlichen Zielgruppe, d.h. bislang noch nicht Engagierten oder aktiv in der Stadt(teil)entwicklung Partizipierenden, wurden nur 6 Personen befragt, wodurch Aussagen aus erster Hand zu möglichen Motivationen dieser Menschen, zu Barrieren und den Voraussetzungen und Bedingungen zur Überwindung der Hinderungsgründe nur ansatzweise erhoben werden konnten.

Die vorliegende Studie gewährt dementsprechend vor allem Einblicke in die Erfahrungen, Sichtweisen und Engagementmotivationen von bereits Engagierten. Die eigentliche For-

schungsfrage (Was hindert Nicht-Engagierte an der Beteiligung und welche Ansatzpunkte ergeben sich daraus, um den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Zukunftskonferenz zu steigern?) ist auf diese Weise empirisch fundiert nur eingeschränkt zu beantworten.

2. Die Lebenswelt der Ludwigsburger Engagierten

Wer sind nun diese „Engagierten mit Migrationshintergrund“, und wie leben sie?

Bei der Rekrutierung ist das Spektrum der Herkunftsländer bzw. Ethnien der befragten Personen mit Migrationshintergrund bewusst und gewollt breit gestreut worden: Neben einer zahlenmäßig etwas höheren Vertretung der türkischen Migranten (was auch die tatsächlichen Bevölkerungsverhältnisse widerspiegelt) sind west-, süd- und osteuropäische sowie afrikanische, eine mittelamerikanische und ein asiatischer Migrant befragt worden. Dadurch liegt kein starker Bias auf einer bestimmten Ethnie und es ist eine breite kulturelle Vielfalt zu verzeichnen. Vertreten waren zudem sowohl Zuwanderer als auch Ludwigsburger, die bereits in der zweiten Generation hier oder in Deutschland geboren sind.

Auch einem Altersbias konnte durch die Streuung über die Altersspanne von 21 bis 69 Jahren entgegengewirkt werden. Allerdings lässt diese mehrfach kontrollierte „Vorauswahl“ nun keine Rückschlüsse darauf zu, ob in bestimmten Ethnien oder Altersgruppen Engagement besonders ausgeprägt ist oder nicht, d.h. ob es überhaupt eine Verbindung von Ethnie und/oder Alter zu Bereitschaft für bürgerschaftliches Engagement gibt. Stichproben von qualitativen Studien bieten keine Grundlage für repräsentative Aussagen.

Hohes Bildungsniveau, gute materielle Situation

Andere Parameter wurden dagegen nicht absichtlich ausgewählt und weisen interessante Schwerpunkte auf, die so unter den übrigen Ludwigsburgern mit Migrationshintergrund nicht gegeben sind¹. Sollten sie für die Gruppe der Engagierten typisch sein, können sie also als Hinweise auf spezifische Charakteristika der Engagierten im Gegensatz zu den Nicht-Engagierten gelten. So ist der Bildungsgrad der Befragten überdurchschnittlich hoch: Allein 15 Interviewpartner/innen haben Abitur oder ein abgeschlossenes Studium, und alle verfügen über eine qualifizierte Berufsausbildung. Zudem sind alle berufstätig (oder berufstätig gewesen), es befinden sich keine Hartz 4-Empfänger oder Arbeitslose unter ihnen. Lediglich eine Befragte ist derzeit Hausfrau, da ihr ausländischer Hochschulabschluss bislang in Deutschland nicht anerkannt wurde und sie noch auf der Suche nach einer Lösungsmöglichkeit ist. Explizite finanzielle Engpässe werden dementsprechend von keinem/r Gesprächspartner/in thematisiert, was aber nicht bedeutet, dass sie nicht sensibel gegenüber den finanziellen Belangen und Nöten anderer Mitbürger und deren Auswirkung auf mögliches Engagement wären. In vielen Aussagen der GP wird auf die Tatsache

¹ Vgl. dazu auch die Ergebnisse der Fragebögen im Anhang (Kapitel 8)

abgehoben, dass man sich Engagement auch im wahrsten Sinne des Wortes „leisten“ können muss.

Zeiteinsatz als Preis und notwendige Ressource des Engagements

In diesem Sinne ist für die befragten Engagierten selber aber eher Zeit ein Preis des Engagements und eher Zeitmangel denn mangelnde finanzielle Ressourcen ein Hemmfaktor für (noch umfangreicheres) Engagement.

„Du arbeitest und kümmerst dich um die Kinder und nebenher hast du ja keine Zeit. Man hat ja keine Zeit, mal was anderes zu machen.“

„Engagierte machen sehr viel, man kann nicht erwarten, dass sie noch 100 andere Sachen machen ... qualitätsmäßig ist es besser, weniger und gut als zu viel und irgendwie.“

„Ich engagiere mich so viel. Mehr Zeit gibt es gar nicht.“

Eine deutliche Mehrheit der GP lebt in Wohneigentum, nicht zur Miete. Dies ist ein weiterer Hinweis auf die recht gute materielle Situation der von uns Interviewten und lässt darauf schließen, dass eine längerfristige Ansässigkeit in Ludwigsburg geplant ist. Diese Verbundenheit wird auch sowohl im mündlichen wie im schriftlichen Teil der Interviews untermauert: Alle GP äußern die Absicht, in Deutschland und im Speziellen in Ludwigsburg dauerhaft leben zu wollen. Allerdings lässt sich nur darüber spekulieren, ob die langfristige Ansässigkeit das emotionale und tatsächliche Engagement sowie das Interesse an Stadtentwicklung erhöht.

Kinder sind häufig ein zentraler Fokus und Motor

Fast alle GP leben in Familien bzw. haben Kinder. Und viele von ihnen sind auch über ihre Kinder zum bürgerschaftlichen Engagement gekommen: Im Kindergarten oder der Schule, im ethnischen Kulturverein mit den Angeboten für Kinder, beim Ausloten besserer Bildungschancen für Kinder oder mit dem Anliegen, die kulturelle Herkunft im Sinne eines Bewusstseins der Wurzeln an die jungen Menschen weiterzugeben. Hier, wie in den meisten Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements, gilt, dass persönliche Betroffenheit bzw. direkter „Anschauungsunterricht“ Engagement auslöst und befeuert.

„Man denkt erst mal, wenn man richtig davon betroffen ist, auch darüber intensiver nach.“

„Wenn es mich nicht interessiert, habe ich keine Lust und ich fühle mich dann gezwungen, irgendwo irgendwas zu machen. Aber wenn es von mir selber aus kommt, dass ich etwas verändern will, dann ist die Motivation auch größer.“

„Gründe und Motive, sich zu engagieren und zu beteiligen? Vielleicht auch, wie gesagt, von einer Selbsterfahrung. Dass sie selbst einmal in so einer Lage waren, wo sie Hilfe gebraucht haben. So was würde ich sagen. Von meiner Seite ist das ja auch so aufgetreten.“

Deutschland als „Heimat“

Bezeichnenderweise besitzt eine klare Mehrheit der Engagierten die deutsche Staatsbürgerschaft; einige von ihnen haben auch deutsche Ehepartner. Es bestehen also zumindest auf dem Papier für diese GP keine „Berührungspunkte“ mit Deutschland und „den Deutschen“. Es wird auch von allen GP betont, dass sie sich mit Deutschland verbunden fühlen. Diese Aussage ist jedoch nuanciert zu betrachten: Viele der GP haben ein „doppeltes“ Heimatgefühl, sie fühlen sich sowohl dem Herkunftsland als auch Deutschland verbunden. Es besteht aber in dieser Stichprobe auch oft eine Hauptverbundenheit mit Deutschland; das Herkunftsland wird zum Besuchsland, Kindheitsland oder dem „Land der Eltern“, dem man aber mit wenigen Ausnahmen positiv gegenübersteht. Einige der GP fühlen sich bereits wie „Ausländer“ im Herkunftsland, da sie sich nach eigenem Bekunden schon sehr an deutsche Sitten und Verhaltensweisen angepasst bzw. sie übernommen haben. Nur in vereinzelten Fällen klingt zwischen den Zeilen eine immer noch höhere Verbundenheit mit dem Ursprungsland durch, die aber bei den GP dieser Stichprobe nicht zu einem Abschottungsverhalten geführt hat.

„Die Türkei ist für mich auch nur ein Urlaubsland, wo ich regelmäßig runterfahre und das tolle Klima genießen darf. Aber sonst keine Verbindung. [...] Ich fühle mich sehr wohl in Deutschland, es ist meine Heimat. Ich fühle das ... das ist meine Heimat. Mein Herkunftsland ist schon die Türkei, da bin ich geboren. Aber mein Land ist Deutschland.“

„Wenn ich in die alte Heimat reisen muss, ich bin dort fremd. Weil die Leute, also die, die jetzt dort leben, die bemerken, ich bin nicht mehr von da. Zuerst meine Sprache. Ist nicht mehr so wie vor 20 Jahren, und ich denke auch was anderes, nicht so wie die Leute, die dort unten leben.“

„In Deutschland? Wie zuhause. Ich bin hier zuhause. Ich kenne nichts anderes. Ich kenne meinen Heimatort von meinen Eltern eigentlich nur als Urlaubsort. Oder ..., klar, ich könnte es mir irgendwo vorstellen, unten zu leben, aber irgendwo auch nicht. Wahrscheinlich einfach die Art der Menschen und alles bin ich halt hier schon gewohnt. Die Strukturen und alles bin ich hier sehr, sehr stark gewohnt.“

In Summe bedeutet Verbundenheit mit Deutschland vor allem die Verbundenheit mit dem eigenen Zuhause, mit dem Lebensmittelpunkt und den sozialen Kontakten: Arbeit, Familie,

Freunde. Wirkliche Verbundenheit entsteht fast immer über Menschen. Und da in den meisten Fällen bei den GP ein bunt gemischter Bekannten- und Freundeskreis besteht und sie (gute) deutsche Freunde haben, bestehen bei ihnen auch keine Anbindungsprobleme an Deutschland und Ludwigsburg.

„Also, meine Verbundenheit mit Deutschland. Gut, das hat sehr viel mit meinen Kindern zu tun, die sind hier geboren. Und die Freunde, die wir jetzt haben, sind eher hier, weil das hat auch immer mit den Kindern zu tun. Das sind Familien, die wir durch die Kinder kennengelernt haben. Die Arbeit habe ich hier. Ich habe von Anfang an hier gearbeitet. Ja, das bindet einen schon sehr an das Land. Und die Sprache, die ich sehr gerne mag.“

Deutsche Sprachbeherrschung als Muss, Muttersprache als zusätzliches „Asset“ und kultureller Identitätsanker

In vielen Studien ist auf die Bedeutung der Sprachbeherrschung für Integration und Engagement verwiesen worden. Dies scheint auch durch die Befunde dieser Studie zumindest nicht widerlegt zu werden. Die meisten Engagierten dieser Untersuchung leben bereits viele Jahre in Deutschland bzw. wurden z.T. auch hier geboren, und ihre Deutschkenntnisse sind häufig (sehr) gut, bei manchen perfekt. Für niemanden stellt die Sprache daher ein Ausgrenzungsmerkmal oder eine Hemmschwelle dar. Dennoch ist für viele die Sprache des Herkunftslandes Muttersprache; nur wenige nennen Deutsch, einige sowohl Deutsch wie auch die Herkunftssprache als Muttersprache. Bezeichnend ist aber, dass alle Engagierten unisono betonen, wie wichtig die Beherrschung der deutschen Sprache für sie persönlich wie auch für die Migranten allgemein ist. Niemandem fiel ein, Deutsch zu vernachlässigen oder es nur, wenn es unbedingt sein muss, zu gebrauchen. Oft sprechen ihre Kinder bereits eher (oder nur) deutsch. Wenn manche GP auch mit ihren Kindern zwar die „Herkunftssprache“ sprechen, verwenden sie aber sonst im Alltag Deutsch. Die Beherrschung der „Ursprungssprache“ gilt für die nächste Generation als zusätzliches Asset, als Verbindung zu den „Wurzeln“, als tradiertes kulturelles Erbe und Ausdruck ethnischer Zugehörigkeit. Sie wird als Bereicherung angesehen und stellt in dieser Gruppe kein Integrationshindernis dar.

„Mein Türkisch ist im Grunde nicht gut. Ich kann zwar ein bisschen unterstützen - was heißt unterstützen: Informationen geben, aber im Grunde wird bei uns leider rein deutsch gesprochen. Was ich dann irgendwann mal, wenn die Kleine - sie geht jetzt dann auf die Realschule - wenn sie ein bisschen Luft hat, dass man ihr dann auch das Türkische beibringt. Aber erst einmal eine Sprache, dass sie da mal fit ist und dann alles andere. Englisch, Französisch, das kommt ja jetzt alles auch noch. Dass sie da erst ein Fundament hat. [...] Aber irgendwann mal heißt es immer: back to the roots. Irgendwann mal, egal was für ein Alter. Es hängt von der Reife ab, und dann

wird sie sich vielleicht ärgern, und deswegen wäre es mir recht, wenn sie das schon bekommt, die Information.“

„Also, wir haben die Kinder dreisprachig erzogen, absichtlich. Ich rede meine Muttersprache mit den Kindern und mein Mann seine Muttersprache.. Und wenn wir zusammen sind, mein Mann und ich, wir sprechen dann nur Deutsch unter uns und die Kinder hören dann nur Deutsch von uns, aber die werden immer in der jeweiligen Muttersprache angesprochen.“

Die Bewertung des Verhältnisses von Deutschen und Migranten ist bei den GP in hohem Maße abhängig von den eigenen, unmittelbaren Erfahrungen, nur manche reflektieren auch die übergeordnete Ebene. Diese GP beziehen die Gesellschaft allgemein, die politische Großwetterlage oder das Zeitgeschehen in ihre Analyse ein. Zudem antizipieren sie auch deren Einfluss auf das lokale Zusammenleben.

„Das kommt immer situationsbedingt, würde ich mal sagen. Wenn irgendwo irgendwas passiert oder so, dann kann die Stimmung schon mal umschlagen.“

„So in den 80er Jahren war ein starker Asylantenzustrom, und ich glaube, das hat sich auch schon auf die Stimmung in der Bevölkerung ausgewirkt. Und da die Türken die größte Gruppe ausgebildet haben, haben die auch das meiste abgekriegt. Und ja, ich glaube, das verlagert sich momentan in Richtung religiöse Tendenz, dass man sich da gegen Muslime oder so abschottet und Vorurteile pflegt ... ein bisschen so: was man früher gegen Türken als solches hatte, hat man jetzt eher undifferenziert gegen Muslime.“

Ludwigsburg: Ein gutes Pflaster für Migranten

Analog zu der Angebundenheit an die deutsche Gesellschaft durch freundschaftliche Kontakte mit „Menschen“ wird von den allermeisten der GP in dieser Studie zum Ausdruck gebracht, dass sie sich in Ludwigsburg wohl fühlen. In der schriftlichen Erhebung geben mit einer Ausnahme alle an, dass sie sich gut bis sehr gut aufgenommen fühlen. In den Interviews muss dies in wenigen Fällen etwas modifiziert werden, aber es wird nur selten von größeren Problemen im Zusammenleben von Deutschen und Migranten berichtet oder ein distanzierteres Verhältnis zu „den Deutschen“ konstatiert. Auch wenn einige südländische Migranten zunächst ein gewisses „Fremdeln“ bzw. eine gewisse Unnahbarkeit der Einheimischen konstatieren, so beziehen sie dies meist nicht auf sich persönlich, sondern darauf, dass diese Menschen auch mit zugezogenen Deutschen nicht sofort warm werden und erst in längerem Kontakt „auftauen“.

„Die Leute gehen nicht so auf sie zu, aber ich denke, zu jemand anderem würden sie auch nicht so kommen. Das ist nicht, weil ich Ausländerin bin. Es ist, weil die Leute so sind.“

Wie auch zu erwarten war, werden umso weniger Probleme antizipiert oder auch angesprochen, je näher sich Kultur, Religion und Aussehen der Migranten und der einheimischen deutschen Bevölkerung sind. „Keine Probleme“ bedeutet aber nicht automatisch, dass das Verhältnis auch „herzlich“ ist. In den meisten Fällen wird jedoch von einem guten Miteinander berichtet, das allerdings Anstrengungen und Bemühungen von beiden Seiten erfordert. Toleranz, Respekt und Offenheit sind dabei Schlüsselbegriffe, die immer wieder fallen. Die GP erwarten für ein harmonisches, gutes Zusammenleben, dass von Migranten keine Assimilation gefordert wird, aber auch den absoluten Integrationswillen von Menschen mit Migrationshintergrund. In dieser Stichprobe gehen die allermeisten GP davon aus, dass „Zugezogene“ zunächst in einer „Bringschuld“ gegenüber den Sitten und Gebräuchen der Aufnahmegesellschaft sind. Im Gegenzug müssen die Einheimischen ihre Vorurteile ablegen und die Migranten ihrerseits „integrieren“. Für die meisten der GP ist dies aber weder in Deutschland allgemein noch in Ludwigsburg im Speziellen ein größeres Problem, auch wenn bei manchen Deutschen wie auch manchen Migranten durchaus Verbesserungspotenzial gesehen wird.

„Das liegt auch an jedem. Ob er sich in dem Ort oder in dem Land wohl fühlt. Ich kann nicht in ein Land kommen, nichts tun und erwarten, dass sie mich so akzeptieren, wenn ich nichts dafür tue.“

„In einem Land, in dem man eingeladen wird, kann man nicht den Ansässigen sagen: du musst tanzen, wenn ich es will. [...] Jeder, der Ausländer ist und hierher kommt, muss nicht gleich jedem auf der Straße... nicht jeder Deutsche muss zu ihm freundlich sein. Oder so was Ähnliches. Man baut sich selber diese Situation auf. Ob einer freundlich ist oder nicht. Man muss immer sich selbst sehen, wie man steht in dieser Gesellschaft, um etwas zu erwarten.“

„Ich sage, was ich erwarte, und die sagen, was die von mir erwarten, und man versucht immer so eine Ebene zu finden, wo das richtig gut läuft.“

Bei manchen Deutschen bleibt erkennbare Restdistanz

In Summe stellen die die GP Ludwigsburg ein gutes Zeugnis aus und attestieren der Stadt, dass sie ein „gutes Pflaster“ für Migranten sei; andernorts können sich manche GP schlechtere Zustände vorstellen. Dennoch äußern einige wenige GP auch hier latent oder explizit das Gefühl einer „Einbahnstraße“ bzw. einer „unerwiderten Liebe“ bei ihrer Verbundenheit mit Deutschland und in ihrem Verhältnis zu „den Deutschen“. Manche dieser GP haben das Gefühl, sich immer mehr als „Einheimische“ anstrengen und beweisen zu müssen, um akzeptiert zu werden. Andere GP fühlen sich hier „Zuhause“ (sind durch Geburt in Deutschland und/oder durch Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit auch de facto „deutsch“), es wird ihnen aber von manchen Einheimischen gespiegelt, dass sie (meist qua Aussehen) „nicht

deutsch“ sind, nicht wirklich dazugehören, hier nicht tatsächlich zuhause sind. Dieser Einstellung und diesen Negativerfahrungen begegnen diese GP mit unterschiedlichen Strategien: Die meisten gehen offen auf diese „Zweifler“ zu, sprechen sie direkt darauf an, demonstrieren ihnen die eigene Zugehörigkeit über Sprachbeherrschung und Argumente; die wenigsten ziehen sich zu graden in ihren ethnischen Freundes- und Kulturkreis zurück, betreiben aber dennoch (oder vielleicht gerade deswegen) besonders stark bürgerschaftliches Engagement (sie möchten ja etwas kompensieren oder verbessern).

„Ich schätze, mindestens 80% der Migranten wollen mit Deutschen Kontakt haben. Aber das klappt kaum. Ich gebe ein Beispiel: meine Frau konnte nicht so richtig Deutsch und wir haben zwei Kinder. Und da wohnt eine Dame, die bei der Stadt arbeitete und in Ruhestand gegangen ist, wir wollten mit ihr Kontakt aufnehmen. Sie war ganz alleine, aber habe ich versucht, hat nicht geklappt. Ich wollte den Kontakt haben, besonders für meine Frau, die war die ganze Zeit alleine zuhause. Sie hätte bei ihr mehr deutsch sprechen und lernen können. Aber es war... es ist fast überall so leider der Fall.“

„Das ist witzig: neulich in den Pfingstferien bin ich eine Woche mit einer deutschen Kollegin nach Istanbul geflogen, und die Nachbarin hat zu mir gesagt: Gehen Sie nach Hause? Da sage ich: Nein, ich gehe in die Türkei. Es war witzig. Für sie war es dort, das ist mir zufällig so aufgefallen: Ah, gehen Sie nach Hause, Frau ...? Da sage ich: Nein, ich gehe in die Türkei, eine Woche Istanbul. [...] ich bin doch hier zu Hause. Das ist doch hier. Das ist doch mein Zuhause.“

„Ich finde, das ist so, wie man auftritt. Wenn ich schon den Gedanken habe: Ok, ich bin sowieso anders, die werden mich sowieso nicht akzeptieren, dann wird das auch so sein. Aber wenn ich sage: Ich bin doch wer, ich kann die Sprache, ich kann mit denen kommunizieren, ich kann mit denen diskutieren, ich mische mich mal da ein. Dann denke ich, dass sie dann schon offener sind, die Deutschen. Man muss ... das ist auch gegenseitig. Die Deutschen haben ja auch Angst, auf uns zuzukommen, so habe ich das Gefühl manchmal: Gott, die, vielleicht versteht sie mich nicht. Aber ich denke, das ist, wie man auftritt, so wird man auch wahrgenommen. Und wenn ich auftrete: Ihr seid sowieso nichts und ich bin was, dann werde ich auch dementsprechend behandelt. Und wenn ich aber sage: Hey, ich bin auch eine von euch, ich lebe hier und ich interessiere mich auch für das Leben hier, dann ist das anders. Und dann wird man auch dementsprechend aufgenommen und sogar manchmal sehr, sehr gut.“

„Wenn ich mit dem Kunden spreche oder sonst irgendwem, habe ich überhaupt keine Probleme. Nur, wenn es dann darum geht, zum Beispiel: weil man Ausländer ist, dass man eine draufkriegt - egal in welcher Beziehung - erst dann wird es einem bewusst. Weil wir kennen uns im Vertrieb im Grunde aus mit Rhetorik. Und mit Körpersprache und so. Und wenn man dann die Signale sieht, dann... Wie soll ich reagieren? Ich kann ja nicht gegen sie vorgehen. Dann weiß ich das und versuche ich es umzudrehen. Das heißt positiv zu beeinflussen.“

3. Politikverständnis – ein entscheidendes Kriterium?

Es wäre ein interessanter Punkt (und vielleicht auch zu erwarten), wenn bei stark Engagierten ein hohes Maß an Politikinteresse und vielleicht auch ein sich ähnelndes Politikverständnis zu verzeichnen wäre. Beides kann aufgrund der vorliegenden Daten aber nicht bestätigt werden.

Insgesamt herrschen sehr unterschiedliche Auffassungen über die Definition vor, was Politik eigentlich ist. Für die meisten ist Politik zunächst mit Menschen verbunden, den Politikern. Darüber hinaus werden abstrakte Steuerungsinstrumente und Gesetze benannt sowie das Allgemeinwohl als Aufgabe, der „große Rahmen“.

„Politik sind Mächte, die über ein Land bestimmen, es regieren; Menschen vor allem. Also die regieren; entweder die kümmern sich um den Willen des Volkes oder versuchen sie das Beste draus zu machen. Ja, nach innen und nach außen.“

„Der Mensch, der Staat, die Kommune, wo wir leben, braucht ja gewisse Regeln, gewisse Vorgaben. Es muss auch jemand da sein, der das diktiert oder vorgibt. Politik gibt Vorgaben, Regeln, die die Menschen, der Staat, die Kommune brauchen für Bildung und Schutz und dass es allen gut geht im Land.“

Große Politik ist abstrakt und weit weg.

„Politik“ ist aber eher etwas, was nur von wenigen weiter reflektiert wird und auch explizit Interesse auslöst. Es ist ein „Abstraktum“, von dem nur wenige eine Verbindung zu sich persönlich und noch weniger zu ihrem bürgerschaftlichen Engagement ziehen. Die meisten GP konstatieren, dass der/die Einzelne nur geringen Einfluss auf „Politik“ hat und nur wenige betrachten sie als „Mitmach-Sache“. Es herrscht ein Gefühl von Distanz „zur großen Politik“ vor, es wird delegiert, die Verantwortung „an die Politiker“ abgegeben. Allerdings betonen einige GP, die sich auch explizit als politisch interessiert bezeichnen, einen größeren Spielraum für persönliche Einflussnahme auf Politik. Für sie ist Politik vor allem auch Interessenvertretung, d.h. die Durchsetzung von Einfluss und Interessen. Und dies sehen einige wenige auch auf lokaler Ebene in Form von Einmischung oder Bürgerengagement gegeben.

„Politik ist Interessenvertretung. Abgesehen jetzt von Parteipolitik, sage ich mal. Also das ist klar, dann ist es auch Einflussnahme über die Parteien, aber es ist auch Politik, wenn irgendwelche Interessenverbände versuchen - oder Lobby-Institutionen versuchen, ihren Einfluss und ihre Interessen durchzusetzen. Das ist genauso Politik, ja. Oder hier Einmischung vor Ort im lokalen Bereich ist genauso Politik.“

„Ich versuche es im lokalen Bereich, da bin ich jetzt auch ehrenamtlich tätig, und das sehe ich auch als politische Arbeit.“

Politik wird erst vor Ort und im eigenen Leben real und bedeutsam. Auch dann zählt vor allem das Ergebnis.

Politik interessiert viele im Grunde nur da, wo sie direkte Auswirkungen auf ihr Leben wahrnehmen, also meist „vor Ort“. Solange keine „Schieflage“ oder akute Probleme bemerkt werden, bleibt die Diskussion jedoch recht abstrakt und fern von ihrer Lebenswelt. Häufig sind in der „Politik“ nur die Resultate wichtig, wie es dazu kam, ist eher nebensächlich.

Vor Ort, d.h. im lokalen Zusammenhang, subsumieren die GP unter „Politik“ Baupolitik, Verkehrspolitik, Schul- und Bildungspolitik, Energiepolitik und das Zusammenleben der Menschen allgemein. Die Stadt Ludwigsburg wird als Hauptakteur der Lokalpolitik gesehen und es wird ihr ein überwiegend gutes Zeugnis ausgestellt. Man ist mehrheitlich der Meinung, dass sich die Stadt um ihre Bewohner kümmert, dass Bürgerbeteiligung gegeben, die Schul- und Ausbildungssituation gut und das Stadtbild angenehm ist. Auch das kulturelle / das Freizeitangebot sowie das zwischenmenschliche Klima gibt nicht viel Grund zur Beanstandung. 23 der Befragten bewerten zudem im schriftlichen Teil die Stadtpolitik als eher gut oder sehr gut, obwohl nur 12 angeben, die Stadtpolitik eher gut oder sehr gut zu kennen. Hier wird ein weiteres Mal deutlich, dass eine gewisse Dissoziation der „Politik“ von den (politischen) Aufgabenfeldern und ihrer täglichen Erfahrung vorgenommen wird. Nur die Mitglieder des Integrationsrates fassen – wie bereits oben erwähnt – ihr Engagement als Teil von (Lokal-) Politik auf.

Wenige kritische Stimmen (meist der nach eigenem Bekunden politisch Interessierteren) vermerken jedoch immer noch nicht ausreichenden Einfluss der Bürger auf das politische Geschehen der Stadt. Auch besonders im Hinblick auf die Beteiligung von Migranten heben einige auf die unterschiedlichen Rechte von Staatsbürgern, EU-Ausländern und Nicht-EU-Ausländern (Wahlrecht) sowie den rechtlichen Status der Beschlüsse z.B. des Integrationsrates ab (Empfehlungen, keine bindenden Beschlüsse). Jedoch wird Ludwigsburg von fast allen als sehr um Integration bemüht beschrieben; Probleme entstehen oft auf „übergeordneter Ebene“ (kein kommunales Wahlrecht oder keine Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen und dadurch kein Zugang zu höher qualifizierten Jobs); die „Schuld“ liegt also nicht „vor Ort“, sondern in einem abstrakteren, übergeordneten Zusammenhang.

„Man wird zwar befragt, oder man wird informiert, aber letztendlich: auf die Entscheidung selbst hat man wenig Einfluss.“

„ ...als Integrationsbeirat, wenn ich was beantrage oder was verändern will, dass es dann nochmal debattiert wird im Gemeinderat und nochmal debattiert wird und nochmal. Das finde ich ein bisschen zu viel debattiert. Ich meine, ich engagiere mich ja, damit sich was ändert. Und wenn die Leute da, wenn die das auch mittragen wollen, warum wird das dann ständig debattiert?“

„Wobei ich glaube, dass der Stellenwert, die Bedeutung des Integrationsbeirates niedrig geschätzt wird, sage ich mal. Das hängt damit zusammen, dass wir kein beschließendes Organ sind, wir können nur Empfehlungen abgeben. Ob das jetzt so übernommen wird oder umgesetzt wird, ist der Verwaltung überlassen oder dem Gemeinderat.“

4. Kenntnis von und Erwartungen an Stadtentwicklung

Stadtentwicklung ist als Begriff vielen GP nicht bekannt. Auch der Transfer von Politik und Lokalpolitik zu Stadtentwicklung gelingt spontan bei den meisten GP nicht bzw. nicht bewusst. Nur einige Mitglieder des Integrationsrates fassen Stadtentwicklung sofort als politische Aufgabe auf.

Stadtentwicklung, STEP, SEK: Wenig bekannte Begriffe und Kürzel

Auch die offiziellen Definitionen sowie die Kürzel SEK und STEP sind in den meisten nicht bekannt. Die Ausnahme bilden wiederum die politisch engagierten Vertreter aus dem Integrationsbeirat, die nicht nur z.T. die Termini kennen, sondern sie auch spontan mit Inhalt füllen können. Und nur wenige GP sind mit konkreten Veranstaltungen und Maßnahmen der Stadtentwicklung vertraut oder haben sie auch schon besucht. Andere nähern sich über Assoziationen dem vermuteten Kern: Die Gestaltung des (Zusammen-)Lebens von Menschen in der Stadt und den Stadtteilen.

„Es geht darum, wie man das Leben in den Stadtteilen oder in der Stadt insgesamt mit irgendwelchen Maßnahmen verbessern kann. Und das über mehrere Jahre hinweg.“

„Dass man sich vorgenommen hat, langfristig einige Dinge in der Stadt zu ändern. Sei das jetzt sportlich, sei das jetzt bautechnisch, sei das jetzt kulturell und so weiter und so fort. Also, es gibt da verschiedene Bereiche, die davon betroffen sind.“

„In Ludwigsburg gibt es ja in Eglosheim den Verein Lutef. Und die haben dort, die machen so was. Stadtentwicklung. Dass die Eglosheimer zum Beispiel mit planen, dass die Projekte machen, auch für Kinder, Spielplätze.“

Insgesamt werden die Abkürzungen aber meist abgelehnt, weil man sie nicht versteht bzw. bei manchen auch irreführende Assoziationen geweckt werden.

„Wer entwickelt das jetzt? Das Sondereinsatzkommando entwickelt das Konzept für zukünftige Entwicklung?“

Wenn also schon die hoch Engagierten so sehr mit den Termini und den Definitionen ringen, dürfte es für Nicht-Engagierte noch viel schwieriger sein, einen Bezug zu sich und ihrer Lebenswelt herzustellen und sich z.B. für eine Konferenz zur „nachhaltigen Stadtentwicklung“ zu interessieren und daran teilnehmen zu wollen. Es wäre also zielführend, Definition und Absicht von Stadtentwicklung in verständlicherer, „bürgernäherer“ Art und Weise zu kommunizieren.

Wichtige Themen, die von den Engagierten nach Klärung der Begrifflichkeiten im Rahmen der Stadtentwicklung angesprochen werden, sind Bildungsangebote, Infrastrukturmaßnahmen wie Wohnungsbau (besonders Sozialwohnungen), Bausanierung, Verkehrsführung, Einkaufsmöglichkeiten, Gesundheit und Freizeitangebote – alles Aspekte, die für jedem Bewohner ganz nah an der eigenen Lebenswelt liegen, ein direktes persönliches Interesse widerspiegeln und die individuelle wie auch allgemeine Lebensqualität erhöhen.

Stadtentwicklung darf keine Einbahnstraße sein

Einbeziehung der Bürger in Entscheidungen der Stadt ist für die allermeisten GP wichtig und wird von der Mehrzahl auch wahrgenommen. Besonders betonen die GP die sehr offene Haltung der Stadt Ludwigsburg in dieser Hinsicht. Bei den eher kritisch Distanzierten wird hier allerdings noch ein Defizit gesehen. Im schriftlichen Teil fällt die Beurteilung etwas zurückhaltender aus (10 bejahen unbedingt genügenden Einfluss der Bürger, 7 enthalten sich einer Bewertung, 5 sehen die Bürger ungenügend beteiligt), was aber auch an der sehr zugespitzten Skalierung der Antwortmöglichkeiten liegen mag.

Die Verantwortlichkeit für die Stadtentwicklung wird primär bei der Stadt gesehen, aber die meisten GP erwarten eine aktive Beteiligung der Bürger. Initiativen können und sollen von beiden Seiten ausgehen. Bedürfnisse müssen kommuniziert, erfragt und schließlich berücksichtigt werden. Die Stadt gibt Impulse und agiert auch als Moderator zwischen den Individualinteressen der Bürger.

„Wünschenswert wäre, wenn die Leute sich auch selber drum kümmern, also es auch selbst initiieren, aber man kann das von außen sowieso nicht aufzwingen. Das muss schon von Menschen selbst kommen. Also da gibt es solches und solches. Wenn die Leute, sage ich mal, sich nicht öffnen oder nicht bereit sind, dann kann man das natürlich schwer von außen beeinflussen. Weil, das versuchen wir halt, dass wir dazu genügend Anlässe geben, dass das dazu kommt.“

Insgesamt stellen sich die GP einen kombinierten Top-down und Bottom-up Ansatz vor: Auf der einen Seite müssen Experten der Stadt Pläne entwerfen und konkretisieren, auf der anderen Seite müssen die Bedürfnisse der Bürger frühzeitig erfragt und in die Planung einbezogen werden (bzw. manche Aspekte werden von den Bürgern aus Bedarfssituationen heraus primär angestoßen). Auch bei der Umsetzung erwarten die GP, dass die Bürger (z.B. über Schulen, Kirchengemeinden, Vereine, etc.) in die Umsetzung einbezogen werden.

„Weil wir Menschen sind letztendlich das Leben der Stadt. Wir leben hier, wir müssen uns wohlfühlen und wir müssen hier mit den Entscheidungen, die dann gefällt werden, auch zurecht kommen. Deswegen sollte man uns schon ein bisschen mit einbeziehen und auch auf unsere

Wünsche und Anregungen ein bisschen eingehen. Klar, man kann es nicht alles so haben, wie man will, das ist ja klar, dass nicht alles, was wir uns wünschen, realistisch ist. Aber man kann schon immer, denke ich, einen Kompromiss finden.“

„Beteiligung macht glückliche Bürger, mehr Menschen, die hier vielleicht leben wollen, die die Stadt auch qualitativer machen.“

5. Engagement: Motivationen und Bedürfnisse

Eine ganz wichtige Erkenntnis aus den Interviews mit den Engagierten besteht darin, dass bürgerschaftliches Engagement offensichtlich nicht deckungsgleich ist mit allgemeiner Partizipationsbereitschaft oder politischem Interesse.

Engagement und Beteiligungswünsche beziehen sich auf Teilausschnitte, für die man sich interessiert: bestimmte Aufgaben, Probleme, Themen. Andere betreffen die GP vielleicht nicht persönlich oder erscheinen weniger „virulent“ und rutschen daher in der Prioritätenliste nach hinten. Aufmerksamkeit gibt es im Grunde nur für das, was einen interessiert.

„Wenn es mich nicht interessiert, habe ich keine Lust und ich fühle mich dann gezwungen, irgendwo irgendwas zu machen. Aber wenn es von mir selber aus kommt, dass ich etwas verändern will, dann ist die Motivation auch größer.“

Engagement ist fast immer intrinsisch motiviert

Engagement entsteht vor allem aus intrinsischen Motiven. Man möchte seine eigenen Probleme lösen, aber auch anderen Menschen helfen, sie unterstützen, Erfahrungen und Wissen weitergeben. Dafür will man Dinge verändern und besser machen. Sowohl Defiziterfahrungen wie auch „Visionen eines guten Zusammenlebens“ befeuern dieses Anliegen. Daneben gibt es bei einigen auch das Gefühl „sozialer Verpflichtung“ und demokratischer Notwendigkeit im Sinne einer Balance von Nehmen und Geben in einer Gesellschaft.

„Das eigene Interesse und das Interesse, für andere da zu sein. Und den anderen zu zeigen, es geht vorwärts hier. Wir stehen nicht auf einem Punkt, sondern es bewegt sich was.“

„Da tut man was für die Allgemeinheit, ohne was Materielles dafür zu bekommen.“

„Engagement heißt, mitzumachen, Interesse zu zeigen, was zu verbessern. Vielleicht nicht jetzt direkt für mich oder für meine Generation, aber für die nachfolgende. Oder für die jetzigen Alten oder wie auch immer. Auf jeden Fall Interesse, mitmachen, und was verändern.“

„Man kann nicht immer nur nehmen. Man muss auch etwas zurückgeben.“

Manche dieser Engagierten brauchen auch mehr als nur beruflichen Erfolg bzw. suchen im bürgerschaftlichen Engagement Kompensation für mangelnde Anerkennung an anderer Stelle (z.B. im Beruf). Andere GP diagnostizieren an sich zu Graden sogar ein „Helfersyndrom“, ein „genetisch“ oder in der Erziehung begründetes Bedürfnis, sich für andere Menschen und für wichtige Themen einzusetzen. Nicht unerwarteter Weise scheint also das familiäre Umfeld bzw. die Erziehung einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Disposition zum Engagement zu haben.

„Aber ich selber habe dieses Helfersyndrom, wo ich einfach Hilfen nicht abschlagen kann. Irgendwie ist es bei mir, liegt in den Genen.“

Engagement braucht Nahrung: Wertschätzung und Erfolge

Auch wenn die meisten GP keine speziellen „Ehrungen“ erwarten oder eine „Entlohnung“ im Sinne von größeren Entschädigungen, braucht ihr Engagement dennoch Nahrung, damit es sich nicht erschöpft: Durch Erfolgserlebnisse, Wertschätzung, Anerkennung von denen, die einem wichtig sind. Dabei kann „Erfolg“ sehr Unterschiedliches sein: Von der Durchsetzung von Forderungen oder Wünschen, der Verbesserung von Situationen bis hin zum „Glücklich machen“ von einzelnen Personen.

„Ich glaube, man möchte irgendetwas positiv ändern. Deswegen macht man das. Und wenn man dann zumindest Teilerfolge erzielt, dann ist es sozusagen ein bisschen der Lohn für die Arbeit und ist Genugtuung.“

„Wie gesagt, dieses Lob, ja. Diese Anerkennung, das tut einem gut. Das baut auch einen auf, das motiviert, da hat man das Gefühl, man hat etwas geschafft. Wenn die Eltern sagen: Das haben Sie aber toll gemacht.“

Manche sind zudem gute, andere weniger gute „Futterverwerter“ und brauchen entsprechend mehr oder weniger Wertschätzung bzw. Erfolg. Besonders wichtig ist den Engagierten jedoch, dass auch von Seiten der Stadt ihr Engagement anerkannt wird – kleine Aufmerksamkeiten, persönliche Ansprache, „Bekannt-Sein“ bei den Vertretern der Stadt und das Gefühl, auf Augenhöhe behandelt zu werden, sind enorm motivierend. Bei manchen wäre auch eine Aufwandsentschädigung bei extensiven Eigenkosten ein wünschenswerter Aspekt, wenn auch in dieser Gruppe niemand sein Engagement aufgabe, weil man selbst „in die Tasche greifen“ muss. Inwieweit dies aber andere von Engagement abhalten könnte, darüber kann nur spekuliert wird.

Kaum Bewusstsein über einen Zusammenhang von Engagement und Stadtentwicklung

Auffallend ist, dass auch unter den hoch Engagierten nur von sehr wenigen eine direkte Verbindung zwischen ihrem Engagement und der Stadtentwicklung als (abstrakte) städtische Planungsaufgabe gesehen wird, obwohl sie recht eng mit der Stadt zusammenarbeiten und im Lauf des Gesprächs auch die Themenfelder von Stadtentwicklung angesprochen haben. Die Verbindung erfolgt zumeist nur implizit, indirekt, oft unbewusst über die Interessen- und Betätigungsfelder der Menschen. Die Bedeutung der Stadtentwicklung für den künftigen Alltag der Bürger mit Migrationshintergrund (wie vermutlich auch der deutschen) könnte

demnach sehr viel klarer vermittelt werden, wenn Stadtentwicklung klarer, direkter und verständlicher in den Alltag und den Horizont der Menschen übersetzt würde.

Engagement: Wir brauchen mehr davon. Aber wie die anderen motivieren?

Für die meisten der Befragten ist Engagement ein starkes persönliches Bedürfnis. Sie wünschten sich, dass noch mehr Menschen sich an den Belangen des Zusammenlebens in ihrem Umfeld, der Stadt, der Gesellschaft beteiligten – sowohl aus Eigeninteresse wie auch dem „Allgemeinwohl“ zuliebe. Dagegen stehen nach ihrer Ansicht Desinteresse, Egoismen, Unvermögen, Zeitmangel, mangelnde finanzielle Ressourcen und Unverständnis für die Zusammenhänge als Barrieren. Gelegentlich ist sogar Ärger und Enttäuschung über die Zeitgenossen erkennbar.

„Es könnten viel mehr mitmachen, aber viele sagen: Ach nee, das ist mir zu viel, das mache ich nicht, warum, weshalb? Ich will mich nicht mit anderen Menschen und deren Problemen auseinandersetzen.... Wenn ich so manche anspreche und sage: Ihr könnt doch auch mitkommen und euch das mal anschauen. Zum Beispiel beim Dolmetschen. - Ach nee, das wollen wir nicht, wir haben unsere eigenen Päckchen zu tragen, nee. Das finde ich dann schade. Die das gleich so abtun und sagen: Nein, ich will das nicht. Ich mag das nicht, ich helfe den anderen Leuten nicht.“

„Egoistische Menschen. Die vielleicht nur ein bisschen an sich denken, an ihre eigenen Probleme. Nur in ihrer eigenen Welt leben.“

„Jeder Bürger hat bestimmte Interessen, wo er was bewirken möchte. Und wenn er sich nicht engagiert, dann wird es auch nichts. Und ich denke, daheim sitzen und über die anderen schimpfen, warum das nicht so gemacht wird und warum nicht so, finde ich falsch. Wenn ich mit etwas- was heißt unzufrieden- wenn mich was stört, dann versuche ich doch, die Gründe zuerst zu kennen und dann zu verändern. Und ich denke, das kann jeder Bürger. Also ich denke auch, ab 16 Jahren kann sich jeder ehrenamtlich engagieren. Ob das jetzt im Altenheim ist, die älteren Leute unterhalten, das ist auch... oder im Behindertenheim mit den Behinderten einfach zu sprechen oder ... ja, es gibt ja viele Sachen, wo man sich wirklich engagieren kann.“

„Es gibt in meinen Augen zweierlei Leute oder zweierlei Arten: Einmal die, die sich schon aufgegeben haben, weil sie sagen, da passiert eh nix. Da kann ich machen, was ich möchte. Das sind auch die, die nicht wählen gehen. Das machen die da oben eh sowieso anders als wir, und andere aus Gleichgültigkeit. Und die, die sich engagieren, haben Spaß am Umgang mit Menschen, wollen was bewegen oder einfach auch was Neues erleben, möchten irgendwas um sich herum haben, wollen nicht alleine bleiben.“

Längerfristiges Engagement ist Mangelware

Viele der Gesprächspartner konstatieren dazu ein häufig auftretendes Phänomen: Bei informellen Veranstaltungen (Festen, etc.) machen viele mit, es leitet sich aber kein weiteres Engagement daraus ab. Wenn es „ernst“ wird bzw. längerfristiges Commitment gefordert ist, klinken sich viele wieder aus. Es wird lieber „konsumiert“ als aktiv mitgemacht; so die Erfahrung der GP bei ihren Aktivitäten in Kulturvereinen etc.. Sie bezeichnen dies als Charakterzug von Individuen. Informellere Ausgestaltung von Beteiligungsaktivitäten kann nach Aussage dieser GP demnach nur bedingt als Erfolgsgarant für bürgerschaftliches Engagement betrachtet werden. Eine GP regte in diesem Zusammenhang sogar ein „Probe-Engagement“ oder „Schnupper-Engagement“ an, um Menschen behutsam an bürgerschaftliches Engagement heranzuführen und sie nicht gleich mit einer (vermuteten) zu großen Verpflichtung abzuschrecken.

Auch bei den aktiven GP mussten einige erst „zum Jagen getragen werden“. Sie nennen selbstkritisch mangelnde Eigeninitiative und verweisen auf die Notwendigkeit von bereits definierten und vor-organisierten Angeboten, die dann aber auch aktiv kommuniziert werden müssen.

„Geteilte Rechte“ als Hindernis?

Andere, politisch interessiertere GP, machen einen Rückgang besonders im „politischen Bereich“ des bürgerschaftlichen Engagements unter Menschen mit Migrationshintergrund aus, weil das Problem entstanden ist, dass die verschiedenen Migranten „nicht mehr mit einer Stimme sprechen“ bzw. häufig nach Ethnien getrennt unterschiedliche Bedürfnisse und Interessenslagen haben respektive *nicht mehr* haben. So wird nochmals auf die unterschiedlichen „Rechte“ verwiesen (kommunales Wahlrecht nur für EU-Bürger), was einen unterschiedlichen Vertretungsanspruch ganz besonders des Integrationsbeirates und der Migranten-Fraktion ausmacht: Für manche ist er quasi „Vollvertretung“, für andere mehr Vertretung von Partikularinteressen. Das Erlangen bestimmter „politischer Rechte“ führt zu einem Rückzug bestimmter Migrantengruppen aus dem Engagement mangels persönlichen Interesses und Betroffenheit.

„Früher waren viel mehr Migranten von bestimmten Themen betroffen. Durch die EU-Aufnahme sind bestimmte Themen weggefallen und auch das Interesse bestimmter Nationalitätengruppen ist zurückgegangen. Sei es jetzt Griechen oder Italiener, die sich früher ein bisschen mehr engagiert haben, da ist das Engagement etwas zurückgegangen. Vielleicht liegt es auch an der Natur der Sache. Aber auch dadurch ist es dann so ein bisschen... so eine Trennungsschärfe aufgetreten und dass dann die Türken und vielleicht Araber- die nicht EU-Bürger- viel mehr so

in den Vordergrund getreten sind und es da auch so zweierlei Maß gibt. Die einen, die dann wählen dürfen, die anderen, die dann nicht wählen dürfen und solche Sachen.“

„Früher hat man gesagt: Wir wollen kommunales Wahlrecht und dieses und jenes, und alle haben an einem Strang gezogen. Jetzt muss man sagen: Ok, da habe ich jetzt durch meine Mitgliedschaft ein kommunales Wahlrecht und muss mich nicht so arg engagieren in dem Bereich, so dass man sich eher auf den kulturellen Schwerpunkt verlagert.“

Präsenz der Stadt und ihrer Vertreter sowie die Angebote sind motivierend

Viele Engagierte äußern Anerkennung für das Bemühen der Stadt um bürgerschaftliches Engagement. Besonders hervorgehoben wird dabei die breite Palette der Angebote und die Förderung von Initiativen. Es wird als äußerst motivierend erlebt, dass die Stadtvertreter persönlich „vor Ort“ sind und sich Feedback holen. Sie vermitteln den Engagierten das Gefühl, bekannt und anerkannt zu sein, ernst genommen und wertgeschätzt zu werden. Der persönliche Kontakt ist ein ganz wichtiges Kriterium. Zudem haben die meisten GP das Gefühl, dass die Stadt Ludwigsburg Projekte sehr gut organisiert und begleitet, Anregungen aufnimmt und die Menschen nicht „allein lässt“. Sie ist involviert und berät; man kann mit ihr und ihrer Unterstützung rechnen. Die aktive Beteiligung der Stadt an Projekten und als (Mit-) Initiator und Träger wird zudem wertgeschätzt, weil es die „Seriosität“, den Stellenwert, die Durchsetzbarkeit und Umsetzung von Projekten verbessert.

„Es gibt Arbeitsgruppen, die verschiedene Veranstaltungen organisieren und anbieten. Das sind im Jahr 15-20 vielleicht und ganz unterschiedlich. Und ich denke, das kann sich wirklich sehen lassen.“

„Als normaler Bürger zu beteiligen, das ist ganz einfach. Jeder kann sich suchen, was er machen will, was interessant ist. Wie gesagt, da sind so viele Projekte. Für alle brauchen wir einen Ehrenamtlichen.“

„Ich würde sagen: Weiter so machen! Weiter unter die Menschen gehen und sagen: Wir sind da, wir wollen helfen. Die Beauftragten, Migrationsbeauftragten, die kommen einfach zu Vereinen. Die kommen, die stellen die Projekte vor, die greifen die Leute einfach ganz nah. Nicht nur durch Schreiben oder Flyer. Die provozieren zu einem Gespräch. Und das ist wichtig. Glauben Sie mir, wir hätten wahrscheinlich mit diesem Projekt nicht angefangen, wenn sie nicht gekommen wären.“

„Die Sachen, die bis jetzt gelaufen sind, waren sehr gut. Sehr gut organisiert und sehr gut begleitet. Und sehr gut die Zusammenarbeit zwischen den Vereinen und der Verwaltung. Sehr gute Ebene. Also, die waren auch immer mit vielen.. bei vielen Besprechungen. Sie haben mitgemacht, das hat auch einen guten Zeichen... helfen Sie mir mit dem Wort... hinterlassen.“

Einen guten Eindruck hinterlassen. Dass sie nicht nur einfach ein Projekt rausgeworfen haben: macht was ihr wollt und kommt mit dem Endeffekt zu uns. Sie waren immer dabei und sie haben immer geholfen. Und immer, wenn wir im Verein etwas machen, können wir mit (...) rechnen, dass sie mithelfen.“

Wandel durch Integrationsbeirat und mehr Stadtangestellte mit Migrationshintergrund

Eindeutig positiv vermerkt wird auch die Erhöhung des Mitarbeiteranteils mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung sowie die Berufung eines Integrationsrates. Kontakt zu Menschen in der Verwaltung, die auf eine ähnliche „Fremdbiografie“ in Deutschland zurückschauen wie man selbst, erhöht das Vertrauen und schafft eine gewisse Verbundenheit. Auch antizipieren die GP dadurch ein (noch) besseres Verständnis und größere Offenheit auf Seiten der Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

„Wenn Sie jetzt spezifisch an Migranten denken, denke ich schon, dass man den richtigen Weg gefunden hat- auch durch bürgerschaftliches Engagement und auch Integrationsbeirat oder Integrationsbüro, sage ich mal, und den Integrationsbeauftragten. Dass auch ein Migrant als Ansprechpartner da ist, vereinfacht die Sache, glaube ich. Also die Leute haben einen leichteren Zugang. Und das kann auch jemand aus erster Hand sagen, aus eigenen Erfahrungen halt. Dass die auch dazu beitragen, dass dieser Informationsaustausch stattfindet. Und da man jetzt auch eine eigenständige Stelle geschaffen hat, findet da viel mehr statt als früher.“

Engagement als positive Kettenreaktion

Die Engagierten sind zumeist sehr vertraut mit den Informationsmedien der Stadt und kennen sich auch bezüglich Ansprechpartnern für bürgerschaftliches Engagement in der Stadtverwaltung gut bis sehr gut aus. Die gängigen Informationskanäle sind zunächst vor allem die „klassischen“: Lokalpresse, Radio, Homepage der Stadt, Veranstaltungen, Feste, Flyer, die ausliegen, etc.. Aber mindestens ebenso wichtig und in keinem Fall zu unterschätzen ist die Verbreitung über persönliche Kontakte, über Mund-zu-Mund-Propaganda. Viele GP haben ihren „Erstkontakt“ genau über persönliche Ansprache gehabt (*„Ich habe davon im Verein erfahren.“* *„Die von der Stadt haben mich auf einem Bürgerfest angesprochen.“*) und sich erst später – mit geschärftem Auge – den anderen Medien zugewandt bzw. Anzeigen oder Bekanntmachungen von entsprechenden Angeboten und Veranstaltungen überhaupt Beachtung geschenkt.

Engagement verläuft in vielen Fällen wie eine „Kettenreaktion“: Ist man erst einmal irgendwo engagiert (Kindergarten, Schule, ethnischer Kulturverein, Dolmetscherdienst nach Ansprache durch die Stadt, Parteien, o.ä.), bekommt man mehr Informationen, versteht

Zusammenhänge und das System von Engagement und Verwaltung, schaut offener nach weiterem Engagement, rutscht manchmal auch in die politische Ebene (Integrationsbeirat, Migranten-Fraktion, etc.).

Die zentrale Aufgabe der Stadtverwaltung ist demnach, den Einstieg in das Engagement zu organisieren und danach den Prozess am Laufen zu halten.

Zum Teil explizit, zum Teil zwischen den Zeilen entwickeln die Engagierten auch Hypothesen für die Generierung von mehr Engagement bei bislang Unentschlossenen oder „Unerreichten“:

- (Noch) mehr direkten Kontakt mit den Menschen suchen (z.B. in die Vereine gehen, auf Festen Leute ansprechen); die persönlichen Stärken der Menschen erfragen und auf spezielle Angebote hinweisen bzw. auch passgenau entwickeln
- Besonders die Kulturvereine ganz stark einbinden (häufig „Keimzelle“ des Engagements, wie aus eigener Erfahrung zu bestätigen)
- Fokus auf die Kinder legen; Engagement entsteht bei vielen Eltern als Reaktion auf die Belange der Kinder (wie bei vielen GP)
- Anzahl der Multiplikatoren erhöhen (viele GP sind auch über persönliche Ansprache zum Engagement gekommen); bereits Engagierte zu noch mehr Mund-zu-Mund-Propaganda aufrufen
- (Noch) offensivere Bewerbung der Initiativen, Veranstaltungen, Angebote: Auf großen Plakaten, in Lokalblättern, im Internet, auf Facebook
- Weiter evtl. mangelhaften Sprachkenntnissen entgegenwirken
- Den Bindungscharakter bzw. die rechtliche Verbindlichkeit von Beschlüssen der Migrantenvertretung erhöhen und den Menschen kommunizieren
- Den Bezug zur eigenen Lebenswelt und den persönlichen Nutzen betonen

„Und den Leute sagen: Ok, da kann man etwas machen. Weil in dem Moment, in dem etwas verbessert wird in deinem Stadtteil, das ist auch indirekt auch für dich besser. Egal. Bist du Eigentümer, hast du deine Wohnung oder hast noch eine zu vermieten. Und der Wert steigt, wenn etwas verschönert wird oder renoviert oder dies oder das.“

„Ich glaube in erster Linie kommen die Betroffenen, die zumindest denken, dass sie davon betroffen wären. [...] Ich glaube, so ein übergreifendes Interesse ist nicht da.“

Dass einer, der jetzt auch nicht unbedingt was damit zu tun hat, sagt: Ok, schau ich mal rein. Vielleicht zufällig. Aber so bewusst...“

- Besser darstellen, dass man etwas erreichen kann; Erfolge in den Fokus stellen; Testimonials präsentieren

„Dass wir dann so rüberbringen und belegen, dass es sich lohnt, sich zu engagieren und zu motivieren. Dass und wie man etwas ändern kann, mit dieser Motivation. Oder: Ohne diese Arbeit wird sich nicht so schnell was ändern. Dann kann man diese Änderung zumindest etwas beschleunigen oder vorwärts bringen.“

- Aufwandsentschädigungen und mehr Anerkennung (in Form von Einladungen, namentlicher Erwähnung, Karten für kulturelle Veranstaltungen, etc.) für ehrenamtlich Engagierte in Aussicht stellen
- Anforderungen an Engagement nicht zu hoch hängen

„Man braucht keine medizinische Ausbildung, um einen Rollstuhl zu schieben“

- Nicht unbedingt die abstrakt-politische Dimension in den Vordergrund stellen (wie erfragt haben viele GP mit „Politik“ entweder „nichts am Hut“ oder delegieren im Kopf), sondern auf die persönliche Relevanz von Entscheidungen in der Stadt / dem Stadtteil abheben und dann wieder die „Erfolgsaussichten“ und Verbindlichkeit betonen (bzw. auch umsetzen!)

6. Die Engagierten: Besondere Persönlichkeiten

In den Interviews wird auch deutlich, dass die Befragten als Personen eine außergewöhnliche Gruppe sind:

- Sie beherrschen Deutsch (sehr) gut
- Sie betonen Verbundenheit mit Deutschland und ihrem Wohnort über ein reines „Box in der Box“-Verständnis hinaus
- Sie haben fast immer einen bunt gemischten Bekanntenkreis und (gute) deutsche Freunde
- Sie sind meist gut vernetzt
- Sie haben ein überdurchschnittliches Bildungs- bzw. Ausbildungsniveau
- Sie sind eher zeit- denn durch mangelnde finanzielle Ressourcen limitiert
- Sie haben ein starkes Interesse an ihrer Umwelt
- Sie gehen auf Menschen und Aufgaben zu
- Sie haben Energie, hohe Frustrationstoleranz, Zähigkeit, Optimismus, Mut
- Sie versuchen etwas, statt es von vornherein abzuschreiben
- Sie finden sich nicht einfach ab, wenn etwas nicht gleich klappt
- Sie sind offen für neue Impulse
- Sie haben sich sehr oft stark verändert
- Sie wollen ihr Leben und ihre Umwelt gestalten
- Sie haben auch Anliegen jenseits der eigenen Person
- Und sie haben alle erfahren, dass man etwas bewegen kann.

Diese Engagierten sind eine Gruppe, die unabhängig von Alter und Ethnie ein gemeinsames Anliegen hat: Sich aktiv in der Gesellschaft zu engagieren, um Dinge für Menschen zu bewegen und zu verbessern. Auch diese persönlichen Eigenschaften sind – gerade in der oft vorhandenen Kombination – ohne Zweifel nicht für alle Menschen typisch. Neben den bereits in Kapitel 1 und 2 beschriebenen Merkmalen, die sie als eher ungewöhnlich ausweisen, sind auch diese Persönlichkeitsmerkmale Hinweise darauf, dass für die jetzt Engagierten bestehende Barrieren weniger hoch und mögliche „Engagementsgewinne“ klarer wahrgenommen werden als von den Nicht-Engagierten.

7. Eindrücke aus den Gesprächen mit Nicht-Engagierten

Insgesamt führten wir zusätzlich zu den Interviews mit Engagierten auch Gespräche mit 3 Frauen und 3 Männern, die *derzeit* nicht, meist aber früher einmal engagiert waren. Es zeigte sich, dass auch hier Engagement ein weites Feld sein kann. Engagement gab es früher als Mitarbeit in der Religionsgemeinschaft, als Nachbarschaftshilfe, als Engagement für die schulischen Belange ihrer Kinder und deren Klassen, als Beteiligung an Vereinsarbeit oder die Organisation von Aktionen zur Gesundheitsförderung. Dabei waren die Motive denen der Engagierten weitgehend ähnlich, allerdings zurzeit nicht aktuell oder dringend sein. Vollkommen ähnlich war die intrinsische Motivation und die direkte, persönliche Betroffenheit oder Verbundenheit mit der Sache, für die man sich früher einmal engagierte. In keinem dieser Fälle allerdings hatte Engagement etwas mit Stadtpolitik, Stadtentwicklung oder Bürgerbeteiligung zu tun.

Deutlich erkennbar war allerdings auch, dass den nicht engagierten Gesprächspartnern vieles an Informationen, Hintergründen und Anknüpfungspunkten fehlte, von denen die Engagierten gesprochen hatten. Mit Blick auf Fragen der Bürgerbeteiligung war das Wissen nahe Null. Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass nicht Engagierte mit Engagementstrukturen, –anlässen und Unterstützern deutlich seltener in Berührung kommen und schon von daher für das Thema wesentlich weniger Aufmerksamkeit haben, aber auch weniger konkrete Anknüpfungspunkte für latentes, aber eben nicht akutes Interesse.

Auch von der Zukunftskonferenz wusste niemand, obwohl zu dieser Zeit bereits viele Plakate zur Zukunftskonferenz in Ludwigsburg hingen. Man hatte sie inhaltlich nicht wahrgenommen, was angesichts der eher komplexen Struktur und Gestaltung der Plakate sowie der Flut an visuellen und akustischen Reizen in einem normalen Stadtbild auch nicht wundert. Ohne diesen Befund generalisieren zu wollen – vermutlich wird es deutlich höherer Kontaktmengen und einiger gestalterischer Anstrengung bedürfen, um mit Mitteln der Massenkommunikation bei nicht Engagierten durchzudringen.

Ohnehin zeigten die Gespräche, wie wichtig die „Mund-zu-Mund-Kommunikation“ hier ist. Wesentlich größere Aufmerksamkeit und Zugeneigtheit bekommen Themen des Bürgerengagements bzw. der Bürgerbeteiligung dann, wenn sie über Bekannte kommuniziert und damit die persönliche Beziehung zum verstärkenden Einfluss wird. So wurde von den Gesprächspartnern auch zum Ausdruck gebracht, dass man im Rahmen seiner Möglichkeiten natürlich gerne mitmacht, wenn man den Sinn versteht und „gefragt wird“. Es könnte demnach (verständlicherweise) wenig aussichtsreich sein, ohne konkreten Empörungsanlass oder spontanem, sich bahnbrechenden Helferimpuls darauf zu rechnen, dass Appelle und einfache Anschreiben zu mehr Engagement führen. Persönliche Verbundenheit (z.B. mit Multiplikatoren), persönliche Relevanz und oft auch die ganz direkte und persönliche

Aufforderung sind dagegen deutlich stärkere Motivatoren und Veranlasser für die Entscheidung, seine knappe Zeit für solche Aufgaben einzusetzen.

Dabei wurde in den Gesprächen durchaus erkennbar, dass auch die nicht Engagierten aktuelle Themen zum Wohl und Wehe der Stadt hatten, die sie bewegten, die auch klare Beziehungen zur Zukunft Ludwigsburg haben. Möglicherweise passen sie allerdings nicht immer nahtlos in die thematische Struktur einer Zukunftskonferenz. Kämen sie dorthin, wäre deshalb damit zu rechnen, dass manch einer von ihnen weder die Agenda der Zukunftskonferenz für sich übersetzen, noch seine eigene Agenda Zukunftskonferenz-tauglich ausdrücken könnte. Insofern sollten gerade mit Blick auf die nicht Engagierten vermehrt Formate entwickelt und/oder ausprobiert werden, mit und durch die diese außerhalb des städtischen Insider-Diskurses stehenden Bürger ihre Themen einbringen und ihre Beiträge mit der Diskussion der Experten und bereits Engagierten verknüpft werden können. Das ist aus unserer Sicht zweifellos möglich, wird aber gezielte Experimente und sicher auch Zwischenschritte mit inhaltlichen Übersetzungsleistungen erfordern.

Insgesamt zeigten die Gespräche, wie wenig damit zu rechnen ist, dass man nur die Tür zu öffnen braucht, um die nicht engagierten Bürger zu Engagement und Bürgerbeteiligung zu bewegen. Vielmehr wird es notwendig sein, langfristig an den direkten und persönlich fundierten Beziehungen der Stadtverwaltung und der Stadtpolitik in die Bürgerschaft zu arbeiten. Je weiter man hier vorankommt, desto besser dürfte es möglich sein, latente Engagement- und Beteiligungsbereitschaft in konkretes Handeln zu überführen. Allerdings wird diese Aufgabe nur langfristig und mit langem Atem erfolgreich sein können. Kleineren Städten könnte dies möglicherweise einfacher gelingen als Großstädten, weil hier teilweise deutlich mehr persönliche Drähte zwischen Bürgern, Engagierten und Stadtverwaltung bestehen.

8. Fazit

Mit Blick auf die hier untersuchte Gruppe der engagierten Bürger mit Migrationshintergrund in Ludwigsburg lässt sich festhalten, dass die bisherigen Bemühungen der Stadt sehr klar anerkannt werden. Hier ist nach Lage der Interviews viel geleistet worden. Deutlich ist auch geworden, dass die Engagierten eine in vielerlei Hinsicht ungewöhnliche Gruppe und meist auch Erfolgsgeschichten der Integration sind. Es gibt demnach viele Gründe, ihr Engagement zu schätzen und den bisher guten Kontakt mit ihnen auszubauen.

Engagement für Stadtentwicklung ist, auch das zeigt die Studie, keineswegs der natürliche Verwandte des hier vorgefundenen Engagements. Daran kann sich erst etwas ändern, wenn die Stadtentwicklung (im Sinne dessen, was die zuständigen Experten bewegt) in der Stadtgesellschaft breiter diskutiert wird, also anknüpfbar wird. Damit das möglich wird, muss für die Bürger mit Migrationshintergrund (wie vermutlich auch die bisher nicht engagierten deutschen Bürger) übersetzt und an sie herangetragen werden, was genau Stadtentwicklung für die Themen und Aufgaben bedeutet, die diese Bürger umtreiben und inwiefern es Sinn macht, sich daran zu beteiligen.

Nicht rechnen kann man damit, dass der Kontakt zu den Engagierten automatisch mehr andere Menschen zum Engagement bringt. Dafür dürfte eine eigene, planvolle Anstrengung nötig sein, für die die derzeit Engagierten (neben anderen) eine Multiplikatorenrolle übernehmen können, die aber sicherlich initiiert und unterstützt werden muss.

Auch wenn es mit dieser Stichprobe nicht gelungen ist, die eigentliche Zielgruppe zu untersuchen, so bringt die genauere Kenntnis der Engagierten (und natürlich die Erkenntnisse aus den wenigen Gesprächen mit nicht Engagierten) dennoch weiter. Zum einen ist klar zu erkennen, dass sie eine eher ungewöhnliche Gruppe innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind. Daraus lässt sich wiederum schließen, dass für die nicht Engagierten ohne Zweifel neue Wege gegangen und zusätzliche Zugänge und Motivatoren gefunden werden müssen. Zum anderen legen die Interviews bloß, dass auch die Engagierten mit Blick auf die richtigen Zugänge und Motivatoren häufig ratlos sind.

Ihre Einlassungen ebenso wie die Besonderheiten der Engagierten lassen zudem auch erwarten, dass viele Nicht-Engagierte nicht oder nur mit enormem Aufwand erreichbar sind. Nicht-Engagierte zu erreichen, ist deshalb auch eine Aufgabe, die Prioritäten setzen muss. Um sie richtig setzen zu können, muss man diese Gruppe genau genug kennenlernen und differenzieren können. Nur dann wird es möglich sein, neue Möglichkeiten städtischen Handelns für die Inklusion dieser Gruppe systematisch und fundiert zu entwickeln, machbare Schritte zu beschreiben und gemäß der Möglichkeiten der Stadt auch umzusetzen. Dazu ist es jedoch notwendig, diese Gruppe auch tatsächlich zu untersuchen.

Wenn dies nicht möglich ist, könnte man alternativ versuchen, sich der Gruppe der Nicht-Engagierten indirekt zu nähern, indem man anhand des erhobenen Wissens über die Engagierten auf die Nicht-Engagierten zu schließen versucht. Dabei könnten z.B. folgende Leitfragen hilfreich sein:

1. Auf was kann bei den Nicht-Engagierten gesetzt werden, das bei den Engagierten gesehen wurde?
2. Welche Hürden können erkannt werden, wenn Engagement-förderliche Eigenschaften der Engagierten fehlen?
3. Welche Aufgaben zu deren Überwindung lassen sich daraus ableiten?
4. Was sind Voraussetzungen und Bedingungen, um diese Aufgaben zu bewältigen?

Indem man diesen Fragen systematisch nachgeht, ließe sich die Zielgruppe zumindest ansatzweise „simulieren“, ein besserer Eindruck von der Aufgabe gewinnen und Hypothesen erarbeiten, wie man sie lösen könnte. Dieser Schritt könnte die weitere Arbeit über die Zukunftskonferenz hinaus befruchten. Die Hypothesen und damit die ganze Übung der Zielgruppen-Simulation wäre sicher auch als Vorarbeit für eine Studie über die Nicht-Engagierten sehr nützlich. Allerdings kann sie eine solche Studie sicher nicht ersetzen. Denn letztlich fehlt ihr der direkte Eindruck und die empirische Basis.

Ableitung von Aufgaben, um die Zielgruppe künftig besser zu erreichen

Auch wenn wir in dieser Studie nicht mit der eigentlichen Zielgruppe sprechen konnten, lassen sich dennoch einige Aufgaben ableiten, die angegangen werden sollten, wenn man künftig mehr Menschen mit Migrationshintergrund für bürgerschaftliches Engagement und vor allem die Themen der Stadtentwicklung erreichen will.

- Bei den Studienteilnehmern und vermutlich auch in der eigentlichen Zielgruppe gibt es kein einheitliches und klares, oft sogar gar kein Bild von Stadtentwicklung, deren Zielen und Aufgaben. Wenn die Stadt zu Bürgerbeteiligung einlädt, kann sie demnach nicht damit rechnen, dass die Bürger die Bedeutung der Themen wie der Beteiligung verstehen und wissen, warum sie das Angebot wahrnehmen sollten. Es ist deshalb unerlässlich, ständig die Aufmerksamkeit und das Verständnis für die Themen der Stadtentwicklung zu fördern und darüber mit den Bürgern und für die Bürger zu kommunizieren.
- Diese Kommunikation sollte ganz und gar auf die Bedürfnisse und Rezeptionsbedingungen der Zielgruppe ausgerichtet sein.

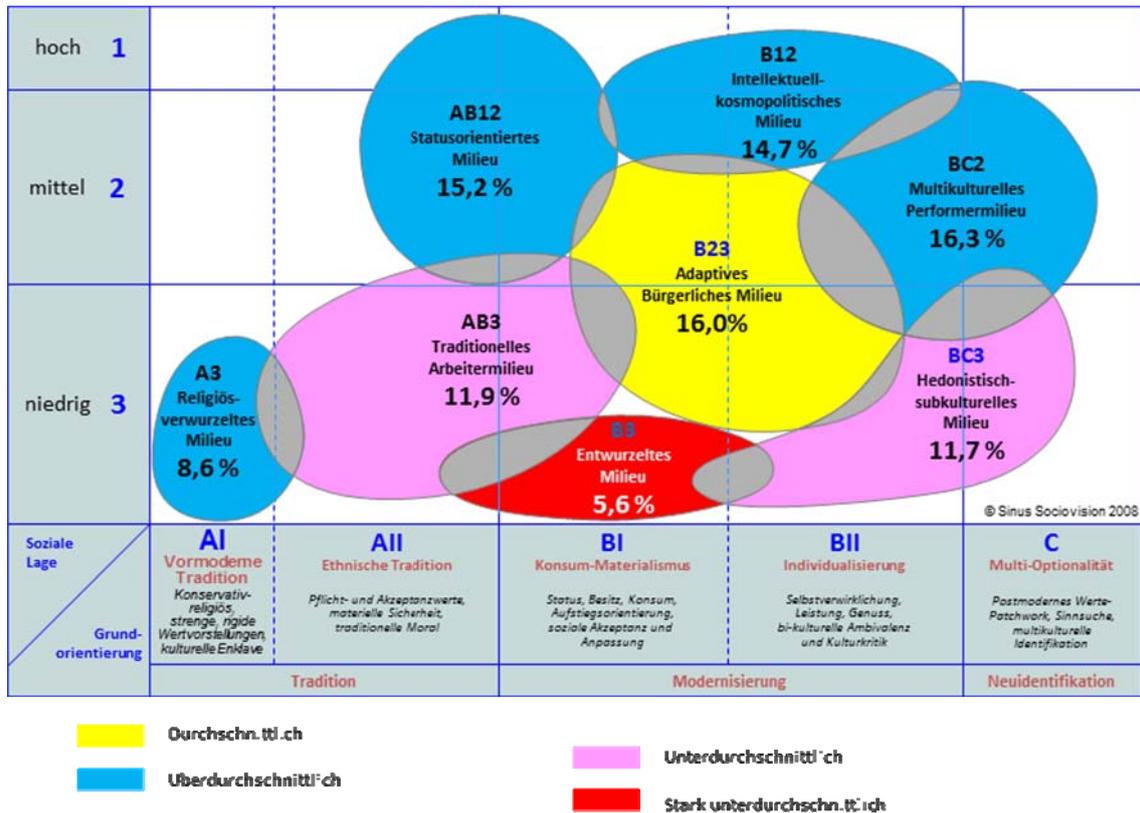
- Sie muss inhaltlich verständlicher, „bürgernäher“, sein als bisher. Sie muss in einfachen Worten und nach Möglichkeit auch didaktisch gut durchdacht erklären, was Stadtentwicklung ist und wie sie den Einzelnen betrifft. Sie muss die Planung und deren Begründung so übersetzen, dass die Menschen verstehen, was sie für und in ihrem Alltag bedeutet. Für die Zielgruppe zu komplexe Konzepte, Zusammenhänge und Argumentationen müssen so vereinfacht bzw. so erläutert werden, dass die Zielgruppe sie versteht. Nur so kann in der Zielgruppe ein Bewusstsein dafür entstehen, dass es wichtig oder zum eigenen Vorteil ist, sich bei diesen Fragen zu beteiligen.
- Sie muss eine Sprache sprechen, die die Menschen verstehen. Fachbegriffe, Kürzel, Amtsdeutsch, spezifische Berufsjargons etc. sind kontraproduktiv, da sie meist nicht verstanden werden, in die Irre führen, abschrecken oder Widerstände hervorrufen. Zuwendungs- und Lesebarrieren von Kommunikationsmitteln aller Art sollten erkannt und vermieden werden. Dazu kann auch gehören, dass für wichtige Gruppen muttersprachliche Informationsmaterialien bereitgestellt und verteilt werden.
- Dort wo Menschen aktiv werden sollen, z.B. dort wo sie sich engagieren – in Bürgerversammlungen, Arbeitskreisen oder Gremien – müssen Formate für dieses Engagement entwickelt und genutzt werden, die diesen Menschen gerecht werden, die ihnen Freude machen, die Beteiligungshürden abbauen und aus der Reserve locken, die lebendige Atmosphäre herstellen. Existierende Formate sollten deshalb kritisch auf ihre Wirkung und Attraktivität hinterfragt werden. Neue, zielgruppenspezifische Formate sollten erwogen und ausprobiert werden.
- Unabdingbar ist zudem, dass überzeugend vermittelt wird, dass und wie durch Beteiligung tatsächlich etwas erreicht werden kann. Dabei helfen insbesondere Erfolgsbeispiele von Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung (die auch offensiv, z.B. mit Testimonials, kommuniziert werden könnten), aber auch Erläuterungen der Stadt darüber, wie sie auf die Vorstellungen der Bürger genau eingehen wird, warum sie ihr wichtig sind und wie sie sie wertschätzt.
- Mehr direkter Kontakt mit den Menschen ist wichtig. Der Ansatz, in die Vereine zu gehen und auf Festen Leute anzusprechen, ist absolut richtig, reicht aber auf dem bisherigen Niveau nicht aus, um die Beteiligungsbasis auszubauen. Da die Stadt dies nicht alleine stemmen kann, sollte die Kommunikation über Multiplikatoren und die daraus resultierende „Mund-zu-Mund“-Propaganda ausgebaut werden. Neue Multiplikatoren sollten gewonnen werden. Sie sind vor allem in den unmittelbaren Lebensumfeldern der Menschen zu suchen, dort wo sich

Themen der Stadtentwicklung und das Leben im Alltag treffen. Beispielsweise ist das Interesse der Eltern für die Belange ihrer Kinder sicher ein starker Motivator für Engagement in entsprechenden Themen. Entsprechend sind die in Kindergärten oder Schulen Aktiven typische Multiplikatoren, sowohl auf Seiten des Personals als auch der Eltern. Langfristig wirkt entsprechendes Engagement in ihrem Umfeld sicher auch positiv auf die Kinder, die so frühzeitig mit Engagement vertraut werden und später weniger Distanz dazu haben.

- Elementar ist, dass die Kommunikation der Stadt die Menschen überhaupt erreicht und deren Aufmerksamkeit weckt. Sicher ist dafür sehr hilfreich, mehr medialen Zugänge zu suchen und zu nutzen, über die man die jeweilige Zielgruppe erreichen kann. Neben Multiplikatoren, klassischen lokalen Medien von der Lokalzeitung bis zum Vereinsblatt oder dem Briefkasten gehören dazu heute sicher auch die intensive Nutzung von Internet und sozialen Medien.
- Diese Kommunikationsaufgabe sollte nicht unterschätzt werden. Sie enthält viele Herausforderungen, die für die Stadt neu sind. Manches kann die Stadt selbst machen, für anderes fehlt ihr vermutlich das nötige Know how, die Erfahrung oder das Personal. Die Aufgabe erfordert zudem langen Atem, Strukturen und Know how, um dauerhaft daran zu arbeiten sowie die Bereitschaft, in deren Entwicklung Zeit und Geld zu investieren. Je früher damit begonnen wird, desto eher kann man ihre Früchte ernten.

9. Anhang: Ergebnisse der Fragebögen

Abb.: Milieuverteilung der Migranten-Haushalte in Ludwigsburg

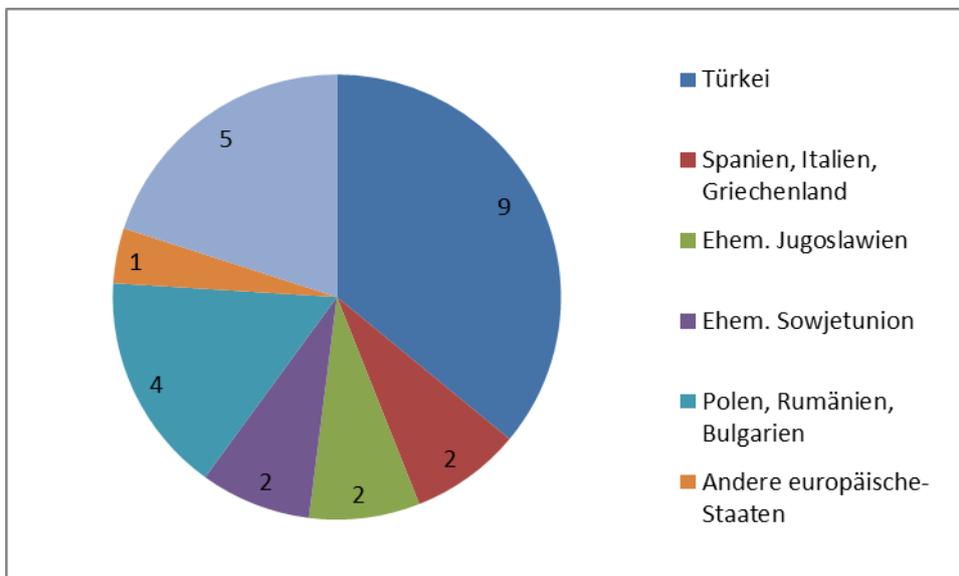


Das Durchschnittsalter der altersmäßig breit gestreuten Befragten beträgt 43,8 Jahre und liegt damit relativ nahe am gesamtdeutschen Durchschnittsalter. Der Anteil ganz junger Menschen war niedrig. 64% der Befragten leben im Wohneigentum, nur 36% wohnen zur Miete. Menschen, die unter schwierigen sozialen Verhältnissen und größerer kultureller Distanz leben waren in der Stichprobe nicht vertreten.

Eine abschließende Einschätzung der Milieuverteilung der Interviewten ist auf der Basis der Interviews nicht exakt möglich. Nach Einschätzung des Forscherteams gehören die Interviewten allerdings deutlich überproportional zu den gehobenen Migranten-Milieus, während fast keine Personen aus den statusniedrigen Milieus vertreten waren.

Die Zusammensetzung der Befragten nach ihrer ethnischen Herkunft war sehr gemischt. Der Schwerpunkt lag auf Europa und der Türkei.

Türkei	9
Spanien, Italien, Griechenland	2
Ehem. Jugoslawien	2
Ehem. Sowjetunion	2
Polen, Rumänien, Bulgarien	4
Andere europäische-Staaten	1
<u>Außerhalb von Europa</u>	<u>5</u>
Summe	25



Etwa drei Viertel der Befragten leben sehr gern in Deutschland, in Baden-Württemberg, in Ludwigsburg und in ihrem Stadtteil. Ebenfalls etwa drei Viertel wollen dauerhaft im Lande und am Wohnort verbleiben und fühlen sich von Ludwigsburg sehr gut aufgenommen. Auch die restlichen Befragten leben gerne hier und fühlen sich gut aufgenommen.

Unterschiede zu den einheimischen Deutschen sehen viele Befragte vor allem in der Kultur (92%), der Sprache (88%) und in den Lebensgewohnheiten (64%). Religion wird in diesem Zusammenhang nur von 44% der Befragten angeführt. Ein besonderer Bezug etwa zur türkischen Herkunft besteht hierbei offensichtlich nicht.

Zum Verhältnis zwischen einheimischen Deutschen und Migranten stellen 16% der Befragten eine leichte Verschlechterung des Verhältnisses in Deutschland fest, während alle Befragten eine leichte oder deutliche Verbesserung des Verhältnisses in Ludwigsburg sehen (bei 16% fehlenden Antworten). 88% der Befragten bewerten ihr persönliches Verhältnis zu den einheimischen Deutschen jedoch als sehr eng und freundschaftlich oder als eher eng und freundschaftlich.

Als wichtig im eigenen Stadtteil gilt für die Befragten (ca. Werte):

Einkaufen	80%
Verkehr	80%
Gute Wohngegend und Lage	72% bzw. 64%
Saubere Umwelt	60%
Freizeit	56%
Image	52%
Nähe zur Verwandtschaft	48%
Soziale und religiöse Einrichtungen	20%

Was Beteiligung angeht, so fühlen sich viele Befragte angesprochen, wenn:

Menschen aus Ihrem Kulturkreis / Lebensumfeld betroffen sind	88%
sie persönlich betroffen sind	80%
sie persönlich vom Vertreter der Stadt eingeladen werden	72%
damit politische Entscheidungsbefugnisse verbunden sind	56%
Vorgespräche mit der Stadt in vertrauter Umgebung geführt werden	48%
<i>und zwar am liebsten in einem Gemeinde- (72%) oder Vereinsumfeld (60%)</i>	
eine Veranstaltung Ihren kulturellen Werten entspricht	48%
Sie von jemand aus Ihrem Kulturkreis eingeladen werden	40%
es eine besondere Anerkennung oder Ehrung durch die Stadt gibt	28%
eine Aufwandsentschädigung dafür bezahlt wird	24%
es Informationsmaterial in Ihrer Sprache gibt	16%
eine Veranstaltung in Ihre bevorzugte Sprache übersetzt wird	16%

Die Stadtpolitik kennen, so die Befragten, 48% sehr gut oder eher gut, den Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement und den Integrationsbeauftragten kennen 76% bzw. 80% der Befragten eher gut oder sehr gut.

Die Arbeit der Stadt wird von nahezu allen Befragten als eher gut, zum Teil auch als sehr gut bezeichnet (Stadtpolitik 16% sehr gut, Arbeit des Integrationsbeauftragten 24% sehr gut, die des Fachbereiches Bürgerschaftliches Engagement 32% sehr gut).

Die Einbeziehung der Bürger in Planungs- und Entscheidungsprozesse der Stadt finden fast alle Befragten (92%) sehr wichtig oder eher wichtig.

40 % der Befragten sind zudem der Meinung, sie hätten auf alle Fälle genug Einfluss auf die Entwicklung Ihres Stadtteils und Ihrer Wohngegend. Allerdings sind über 20% auch entgegengesetzter Meinung. Kein Urteil trauen sich 28% der Befragten zu.

44% der Befragten geben an, dass sie sich schon einmal oder sogar mehrmals bei Fragen zu Ihrem Stadtteil / Ihrer Wohngegend engagiert haben, 48% haben dies bislang noch nicht getan, sind aber durchaus daran interessiert.

**Bericht der Open Space Arbeitsgruppe "Identität und Integration braucht Beteiligung"
auf der Zukunftskonferenz Ludwigsburg**

Ansprechpartner/in

Vhw-Bundeverband – Dr. Thomas Kuder und Stefanie Gutknecht



Kurzbericht

Bei der Open Space Gruppe „Identifikation & Integration braucht Beteiligung“ ging es um die Frage, wie Gruppen, die sich derzeit nicht (stark) in Dialogverfahren beteiligen, besser und stärker einbezogen werden können und welche Mittel und Wege es geben könnte, um sie stärker zu beteiligen.

Bevor die Frage danach gestellt wurde, wie ein Mehr an Beteiligung gesichert werden kann, mussten zunächst zwei grundlegende Begrifflichkeiten geklärt werden: Was bedeuten Identifikation und Integration?

Identifikation hat einen wichtigen Stellenwert, wenn es um Beteiligung geht. Denn nur, wer sich mit seiner Stadt und als Bürger dieser Stadt identifiziert und sich verbunden fühlt, hat auch ein Interesse an dieser Stadt und ihren Entwicklungen. Dazu braucht man nicht zwingend einen deutschen Pass, denn Identifikation und damit auch eine aktive (politische) Beteiligung findet auch auf einer emotionalen Ebene statt. In diesem Sinne kann unter Identifikation die Liebe zu einem Ort, zur Kultur und zu den Menschen verstanden werden, die unabdingbare Grundlage politischer Beteiligung ist. Um sich mit etwas zu identifizieren, bzw. eine entsprechende Identität auszubilden, braucht es u.a. Sicherheit, (gegenseitige) Offenheit sowie Öffnung und Verständnis für die Belange der Anderen.

Mit Blick auf die Integration stellt sich die Gruppe die Frage, ob es in Ludwigsburg, angesichts sehr unterschiedlicher Verständnisse von Integration zwischen Assimilation und „Multikulti“, dazu ein einheitliches Verständnis gibt. Aus Sicht der Gruppe besteht Integration aus gleichen Rechten und Pflichten (Wahlrecht ist insbesondere ein Thema der aus der Türkei stammenden Mitbürger).

Die eigene Kultur (also auch die eigenen Wurzeln) sollte dabei nicht aufgegeben werden (müssen), Migranten haben meist mehrere in etwa gleichberechtigte kulturelle Bezüge nebeneinander – man sollte in der Einschätzung dieses Sachverhaltes von einem „Entweder-oder“ hin zu einem „Sowohl-als-auch“ kommen. Nur so ist Integration möglich – man muss sich von beiden Seiten zugleich aufeinander zubewegen. Migranten sollten also nicht zu einer Assimilation gezwungen werden, sich aber auch nicht vollständig von der neuen Kultur abkapseln.

Nach der grundlegenden und eher theoretischen Diskussion ging die Gruppe über in eine praxisnahe anwendungsbezogene Diskussion: Wie erreichen wir als Stadtgesellschaft noch mehr Migranten, um ein gegenseitiges Verständnis zu befördern, gemeinsam mit ihnen zu diskutieren und eine bessere gegenseitige Vernetzung zu schaffen?

Eine Idee, ein gegenseitiges Verständnis zu fördern, wäre eine Stadtpartnerschaft mit einer türkischen Stadt. Die Stadt Ludwigsburg geht zwar derzeit keine neuen Städtepartnerschaften mehr ein, angesichts der vielen türkischstämmigen Mitbewohner in Ludwigsburg wäre dies aber vielleicht eine Ausnahme wert. Zudem gibt es seitens der Türkei auch diverse Anfragen dazu.

Eine Möglichkeit zur verbesserten Einbeziehung wäre es, Migranten über interkulturelle Vereine, auch über Kitas oder Seminare (Volkshochschule usw.) anzusprechen. Wichtig wäre dabei, dass man auf die Migranten zugeht und ggf. auch in der eigenen Sprache anspricht. Grundsätzlich müsse man auch eine gewisse Streitkultur zulassen und pflegen – dabei stellt sich allerdings die Frage nach dem wie?

Als nächstes wurde überlegt, wie sich die Überlegungen und Ansätze konkret umsetzen lassen. Dazu wurden folgende Ideen gesammelt, die sich in der Regel über Eigeninitiative ohne Vorbedingungen erfüllen lassen:

1. Das Projekt „Garten schafft Heimat“ wurde als Idee genannt. Als Beispiel dient hier das Projekt in Eglosheim: Man trägt und übernimmt gemeinsam Verantwortung für einen Garten und verfolgt ein gemeinsames Ziel als verbindende Komponente zwischen den Menschen und den beteiligten Kulturen;
2. „365 Tage der offenen Kirchen und Moscheen“ – mehr voneinander kennenlernen und dadurch mehr Verständnis und Interesse für die jeweilige Religion und Kultur schaffen;
3. Herr Spec als „Oberhäuptling“ und Vorbild / Vorreiter (also „Testimonial“) für eine bessere und gelungene Integration, z.B. auf Plakaten in der Stadt, im TV usw.);
4. Persönliche Ansprache und Kontaktabbauung;
5. Stärker auf Frauen/ Migrantinnen zugehen“, z.B. im Projekt „Heimat ist hier“, „Ich mische mit“ oder auch über die Kindertagesstätten, die regelmäßige Anlaufstellen sind, wo man sehr viele Frauen erreichen kann;
6. Bestehende Patenschaften stärker kommunizieren und publik machen;
7. Nicht alles sofort global „anfassen“ sondern in kleinen und erfolgreichen Schritten vorgehen, denn Langwierigkeit ist nicht sofort schlecht, Geduld und Nachhaltigkeit ist wichtig und dabei sollte die emotionale Ebene nicht vernachlässigt werden; kulturelle Unterschiede sollten dabei beachtet und respektiert werden;
8. Forum Weststadt – „Zukunft des Ludwigsburger Bahnhofs“ – hier könnten ganz konkret über die Teilnehmer an der Arbeitsgruppe und andere Multiplikatoren befreundete Migranten angesprochen und zur Teilnahme eingeladen werden.



Wer kümmert sich darum?

Bei dieser Frage besteht das grundlegende Problem, dass die Verantwortlichen der Arbeitsgruppe nur als externe, nicht in Ludwigsburg verankerte Partner teilgenommen haben und daher die Weiterführung nicht selbst begleiten können. Alle anderen Teilnehmer an der Arbeitsgruppe sind zudem bereits sehr engagiert für die Anliegen der Stadt und können ein weiteres Engagement nach eigenem Bekunden kaum eingehen.

Für einige Ideen konnten jedoch konkrete Wege zur Weiterverfolgung und Umsetzung der Ideen beschlossen werden, so zur Frage der Zuständigkeit für die Anfrage an die Verantwortlichen der Stadt bezüglich einer Städtepartnerschaft mit einer türkischen Stadt, bezüglich des Kontaktes zur Kirche im Hinblick auf Kontakte zwischen Kirchen und Moscheen sowie bezüglich der Verantwortlichen für die Aktion einer auf Integration bezogenen Plakatwerbung und Werbekampagne mit dem Oberbürgermeister Spec.